

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Schillingstr. Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige anschließend an den dreigespaltene Restzeitteil 1,25 RM. Anzeigen-Entnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Montag, den 17. Januar 1927

Nummer 13

Wieder ein Kabinett Marx

Auf dem Wege zur bürgerlichen Mehrheitsregierung

Berlin, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Marx hat nach Annahme der Beauftragung zur Regierungsbildung zunächst bei der Volkspartei angefragt, ob sie ein Kabinett der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung mitmachen wird. Die Deutsche Volkspartei hat daraufhin bereits am Sonntag ihre erneute Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SPD offiziell abgelehnt. Im letzten Moment hat die SPD noch durch einen Artikel des sozialdemokratischen Pressedienstes ihre Unterstützung auf eine Regierungsbildung angeboten. In dem Artikel heißt es u. a.: „Warum ein Minderheitskabinett? Warum nicht eine Mehrheit der SPD in die Regierung? Wir sind jedoch weit davon entfernt, auf diese Frage das entscheidende Gewicht zu legen.“ Die Rechtskoalition ist also gesichert. Marx wird voraussichtlich ein Übergangskabinett mit der Wirtschaftspartei bilden. Weizsäcker hat auf der Tagung der Deutschnationalen die Parole der Beibehaltung des Zentrums von der Sozialdemokratie aufgegeben.

Nach der schon seit einiger Zeit eingenommenen Haltung der SPD ist die Erklärung, daß diese ein Kabinett der Mitte wieder unterstützen will, gar nicht weiter verwunderlich. Die sozialdemokratischen Wähler müssen sich jetzt einmal die Frage vorlegen, weshalb die SPD überhaupt die Regierung Marx gestützt hat. Eine andere Politik wird Marx jetzt doch nur noch der Seite hin machen, daß er eine reaktionärere, den Deutschnationalen genehmere Politik betreiben wird. Wenn das Zentrum jetzt die Regierungsbildung mit den Deutschnationalen abgelehnt hat, dann nur, weil es seine Anhänger beruhigen will. Die Verhinderung der Regierungsbildung durch Marx und der anschließende Versuch, ein Kabinett der Mitte zu bilden, haben den Zweck, die Wähler irrezulühren und abzuwenden, eine Politik, die von der SPD auch oft genug angewendet wurde. Die bürgerliche Presse ist sich heute im allgemeinen darin einig, daß, wenn ein Kabinett der Mitte noch zustande kommen sollte, dieses Kabinett nur ein Übergangskabinett ist, dem bald eine Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen folgen soll. Man spricht schon davon, daß die Deutschnationalen das Innenministerium und das Landwirtschaftsministerium erhalten sollen, als Innenminister wird schon Graf Walraf genannt.

Im Reichswahlministerium wird dann bestimmt keine Änderung eintreten. Geht es weiter der legalen und illegalen Reichswehr weiter vorziehen. Der Reichstag geht nach rechts, es wird, wie wir schon Ende voriger Woche geschrieben haben, eine Regierung nach sächsischen Muster kommen, wenn nicht sofort eine Rechtsregierung kommt. Auf jeden Fall will man eine Reichstagsauflösung vermeiden. Besonders das Zentrum will eine Auflösung nicht. Aber auch die Sozialdemokraten, die zwar schon einmal von der Auflösung gesprochen haben, lassen von Auflösung nichts mehr hören. Sie betonen, daß man sie nicht ganz ausschalten. Die einzige Kraft die hier noch einreden könnte die Arbeiterklasse, wird nicht mobil gemacht. Das ist auch das gleiche Spiel wie in Sachsen. Die SPD steht vor dem vollständigen politischen Kontrakt. Nun gilt für das Reich das, was für Sachsen gilt. Die Auflösung des Reichstags muß erzwungen werden, die Wahlen müssen reden.

Bürgerblock bleibt die Parole

Zentrumsfraktion als Zwischenfall.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat nach einstimmiger Beratung am Freitag ein Schreiben an Curtius gerichtet, in dem sie ihre Bedenken gegen die Bürgerblockpläne von Curtius wiederholt und eine „Regierung der Mitte“ für den gegebenen Weg der Beilegung der Krise erklärt. Curtius hat daraufhin Hindenburg Bericht erstattet und nach der amtlichen Meldung erklärt, daß damit sein Vorhaben der Bildung einer Mehrheitsregierung unter Zuzugung der Deutschnationalen gesichert sei. Hindenburg hat sich seine weiteren Entschlüsse vorbehalten und wird nun voraussichtlich eine andere Personalität mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung betrauen.

Dieser Beschluß des Zentrums ist nur aus seiner Vorgeschichte zu verstehen. Ihm sind lange Verhandlungen von Curtius und Stresemann mit den Deutschnationalen einerseits und mit dem Zentrum andererseits vorausgegangen. Dabei hat das Zentrum seinen Augenblick einen Zweifel daran gelassen, daß es grundsätzlich gegen eine Koalition mit den Deutschnationalen nichts einzuwenden habe. Das Zentrum hat lediglich den Kanzlerposten für sich verlangt, eine Forderung, mit der Curtius bereits einverstanden war und wünschte im übrigen lediglich, daß die Deutschnationalen vorläufig auf ein Ministerpostenfleisch verzichten sollten. Diese letztere Forderung hat Curtius noch nicht erfüllt.

Es wäre jedoch ganz falsch, zu glauben, daß die bürgerlichen Parteien oder auch nur das Zentrum selbst den Gedanken des Bürgerblocks aufgegeben hätten. Das geht schon aus der Haltung der amtlichen Erklärung hervor, deren ursprünglicher Inhalt nach der Deutschen Zeitung lautete: Curtius habe erklärt, „der Versuch zur Bildung einer Mehrheitsregierung mit den Deutschnationalen sei gescheitert“. In einer nachträglichen Berichtigung durch RTB wurde dieses Wortchen „der“ in „sein“ verändert. Der Versuch der Regierungsbildung mit den Deutschnationalen an sich ist also keineswegs aufgegeben. Der Verhandlungsführer wird wechseln, an Stelle von Curtius wird ein Vertreter des Zentrums die Regierungsbildung übernehmen, aber der politische Inhalt des Regierungsprogramms wird in nichts verändert werden. Diese Auffassung wird bestätigt durch das Verhalten Stresemanns, die „Tägliche Rundschau“. Sie schreibt über die voraussichtliche Haltung der volksparteilichen Fraktion, die am Montag zusammentritt, folgendes:

„Aber man kann doch sicher sein, daß der Fraktionsvorsitzende den Gedanken der Großen Koalition ebenso ablehnen

wird, wie den Gedanken einer Koalition der Mitte mit Bindung nach links... Die Verhandlungen, die Curtius geführt hat, sind verheißungsvoll, auch wenn sie nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt haben. Es ist im Verlauf dieser Verhandlungen gelungen, festzustellen, daß die Grundlage für eine gesamtdeutsche Koalition durchaus vorhanden ist.“

Selbst der „Vorwärts“ gibt das am Sonntagabend zu. Er schreibt: „Wenn die Deutschnationalen ihre Politik nicht ändern — und es liegen keine Anzeichen vor, daß sie das tun wollen, dann werden sie eine neue Regierung der Mitte schon darum beschließen, weil sie ihr nicht angehören. Kann man von der Sozialdemokratie erwarten und verlangen, daß sie eine neue Regierung der Mitte unter Zurückstellung eigener Wünsche, sowohl der persönlichen wie auch der sachlichen, vorbehaltlos unterstützen?“

Die Lage ist klar. Ob es zur Bildung einer sogenannten „Mittelregierung“ mit vorübergehender Unterstützung der Deutschnationalen bis zu ihrem endgültigen Eintritt in die Regierung oder sofort zu einer Regierung mit den Deutschnationalen kommt, ist vollkommen gleichgültig. Die Haltung des Zentrums in der letzten Zeit ist nicht etwa diktiert von einer Ablehnung der Mitarbeit von den Deutschnationalen in der Regierung, auch ihr letzter Beschluß ist nur ein neues Manöver, um für das Zentrum personell mehr herauszuholen. Der Reichstagsauflösung ist ihnen sicher und beständige Gegenüber zu den Deutschnationalen beizugehen nicht mehr. Die gesamte Presse vom „Vorwärts“ bis zu den Deutschnationalen ist in dieser Beurteilung dieser unbedeutenden und hoffnungslosen Gruppe, Schwächen nach wie vor von einer Mittelregierung mit Unterstützung der Sozialdemokraten. In einer solchen Regierung müßte allerdings der Vorschlag des Reichsministers von einem anderen als von Gehter befreit werden. Solche kindlichen Hoffnungen nimmt heute niemand mehr ernst, und nicht einmal der „Vorwärts“ wagt sie noch auszusprechen.

Die Parole bleibt nach wie vor Bürgerblock zur Durchführung des innen- und außenpolitischen Programms der Schwerindustrie und der Junker. Die Arbeiterklasse darf sich keinen Augenblick durch Zwischenhandlungen von der Art des letzten Zentrumsbeschlusses über die wahre Sachlage täuschen lassen. Sie muß den Kampf zur Überwindung des Bürgerblocks, zur Auflösung des Reichstages für eine Regierung der Arbeiter und Bauern in breiterer außerparlamentarischer Form aufnehmen, wenn sie ihre höchsten Lebensinteressen wahren will. Überall im Reich liegen die Lohnkämpfe an, stehen die Unternehmer vor. Die gesamte Macht der freien Gewerkschaften muß durch den Willen der Massen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Unterstützung dieses außerparlamentarischen Kampfes eingesetzt werden.

Die Amsterdamer gegen die Gewerkschaftseinheit

Amsterdam, 16. Januar. Der Generatrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgende von Hicks eingebrachte Entschließung angenommen:

Der Generatrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes verurteilt mit großer Anteilnahme die Ereignisse in Mexiko. Seine Sympathie gehört dem mexikanischen Volk und seiner Regierung. Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt dem mexikanischen Volk die Versicherung, daß er es in seinem Kampf gegen fremde Einfälle und Einmischungen unterstützen wird.

Ferner nahm der Generatrat zu der Frage eines eventuellen Zusammengehens mit der russischen Gewerkschaftsbewegung Stellung. Hierzu war ebenfalls von seiten des englischen Gewerkschaftskongresses eine Entschließung eingebracht worden, die besagt, daß der Generatrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes angesichts der wiederholten ernstlichen Erklären des belästigten Gewerkschaftskongresses zur Einberufung einer Konferenz mit russischen Gewerkschaftsvertretern und angesichts der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in der internationalen Gewerkschaftsbewegung der Einberufung einer Konferenz zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Russischen Gewerkschaftsrates zustimme. An die Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer derartigen Konferenz sollten von beiden Seiten keinerlei Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft werden. Diese Entschließung wurde jedoch nach einer lebhaften Debatte am späten Nachmittag mit zwölf gegen sechs Stimmen abgelehnt. Für die Entschließung traten ein: Purcell, Hicks und Brown (England), Gimmen (Holland), Dürr (Schweiz), Tayerle (Tschchoslowakei).

Dieser Beschluß ist eine Kampfansage gegen die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, die für die Einheitsfront kämpft. Faktisch bedeutet dieser Beschluß eine Unterstützung der imperialistischen Kriegspläne der Imperialisten. Die Gewerkschaften lehnen damit von Anfang an eine gewerkschaftliche Aktion gegen den Krieg ab. Die Imperialisten haben damit die Bürgerkriegserklärung schon in der Tasche. Die Arbeiter müssen in allen Gewerkschaftsversammlungen diesen Entschluß mit Entrüstung zurückweisen. Insbesondere die deutschen Gewerkschaftler sollen nicht vergessen, daß die deutschen Gewerkschaftsbürokraten die reaktionärsten Treiber in der Amsterdamer Internationale sind.

Auslandswochenchau

Die Beilegung der Konzeptionen in Hankau. — Eine Schwertung Tchangtschins. — Nicaragua und die amerikanische Flotte. — Der katholische Senat in Mexiko. — Die französischen Senatswahlen.

A. R. Die Beilegung der englischen Konzeptionen in Hankau durch die chinesischen Revolutionstruppen erweist sich immer mehr als ein ganz schwerer Schlag für das britische Ansehen im fernem Osten. Die fremden Konzeptionen in China sind kleine Staaten im Staat. Die englische Konzeption in Hankau war bisher ein Stadtviertel, in dem die Chinesen nichts zu sagen hatten. Die Verwaltung und Polizeigewalt hatten die Engländer. Kehtlich ist die Rechtsstellung der fremden Konzeptionen in Shanghai, Peking, Tientsin und anderen chinesischen Großstädten. Die Gewalt der Fremden in den Konzeptionen ist das Symbol für die Unterdrückung Chinas. Es kam vor kurzem zu dem Volksaufstand in der Engländer-Konzeption Hankaus. Der Druck der Massen war so stark, daß die englischen Matrosen nicht den Zeitfreiwilligen der britischen Kolonie es nicht wagten, zu schießen. Die bewaffneten Engländer verließen Hankau. Darauf übernahm die Kantongregierung die Verwaltung des bisherigen Engländerviertels, sie garantierte die persönliche Sicherheit für jeden Fremden. Seitdem die Revolutionsregierung im Konzeptionsviertel Hankaus die Macht hat, ist es zu keinen Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art mehr gekommen. Die Kantongregierung weist darauf hin und betont, daß jeder Fremde ungehindert in China seinen Geschäften nachgehen kann. Aber er darf keine Privilegien mehr für sich verlangen. Die Zeit der englischen Militär- und Polizeiherrschaft über China ist vorüber. Alle Welt empfindet, daß die große Fremdenkonzeption in Shanghai bald daselbst Schicksal wie Hankau haben wird. Der Eindruck, den die letzten Vorgänge auf die Bevölkerung in ganz Ostasien machen, ist ungeheuer. Man schilt, wie die bisher so hochmütigen englischen Familien bei Nacht und Nebel unter dem Hohn der chinesischen Massen aus Hankau fliehen mußten. Diese Vorgänge haben auch auf die militärischen Machthaber Nordchinas gewirkt. Tchangtschins tut jetzt wenigstens so, als ob er ebenfalls die nationalen Forderungen Chinas vertrete. Die Tchangtschins nachstehende Presse begrüßt die Beilegung der Engländerkonzeption in Hankau und verlangt, daß man die Fremdenkonzeption in Tientsin genau so behandle. Tchangtschins spielt mit seinen nationalen Erklärungen nur Komödie. Aber daß eine solche Haltung auch der militärischen und konservativen Elemente Chinas die antienglische Kampfbewegung außerordentlich steigern muß, ist klar.

Die Politik des Präsidenten Coolidge über die mittelamerikanischen Angelegenheiten zeigt deutlich den Weg, den die Regierung der Vereinigten Staaten gehen will. Coolidge und Staatssekretär Kellogg haben für ihre Politik die volle Billigung der Senatsmehrheit gefunden, trotz der Oppositionsreden des Senators Borah. Der amerikanische Kapitalismus will auf keinen Fall Nicaragua preisgeben, das hat wirtschaftliche, aber vor allem auch militärische Gründe. Schon seit längerer Zeit genügt dem amerikanischen Imperialismus der Panamakanal als Verbindungsweg zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean nicht. Man will noch einen zweiten Kanal durch Mittelamerika legen. Dieser Kanal soll durch Nicaragua gehen, unter Ausnutzung des dort befindlichen Seengebietes. Der Kanal soll stark befestigt werden, an der Westküste Nicaraguas sollen große Stützpunkte für die amerikanische Flotte im Stillen Ozean angelegt werden. Das amerikanische Großkapital betrachtet einfach Nicaragua als seine Kolonie. So ist es begrifflich, daß die amerikanische Regierung den Rufstand gegen den amerikafreundlichen Präsidenten Nicaraguas als Kriegserklärung betrachtet. Mit allen militärischen Machtmitteln wollen die Vereinigten Staaten den Aufstieg in Nicaragua unterdrücken. Im Zusammenhang damit will man auch in Mexiko endgültig „Ordnung“ machen. Präsident Calles hat zwei der mächtigsten Kräfte der Vereinigten Staaten gegen sich: das Petroleumkapital und die katholische Kirche. Auf dem eucharistischen Kongreß in Chicago wurde im letzten Sommer feierlich das Bündnis zwischen dem amerikanischen Kapital und der Kirche geschlossen. Calles begehrt die doppelte Gottlosigkeit, daß er den Befehl der Priester und der Petroleumkönige erteilen will. Folglich ist er ein „Barbar“ und „Völschewitz“ und muß vernichtet werden. Für uns Kommunisten ist es sehr schmeichelhaft, daß in der ganzen Welt eine jede Bewegung, die sich gegen den Imperialismus wendet, als kommunistisch bezeichnet wird. Für die englische Presse ist die Kantongregierung ebenso kommunistisch wie die Aufständischen auf Java. Denselben Schwindel treiben jetzt Coolidge und Kellogg mit Mexiko und Nicaragua. Die beiden edlen Geschäftsführer der Firma Rockefeller versichern, daß Calles in Mexiko ebenso wie Sacasa in Nicaragua im Sinne der Bänder der 3. Internationale arbeiten. Die beiden mittelamerikanischen Staatemänner haben selbstverständlich mit dem Kommunismus nichts zu tun. Aber sie bemühen sich, der Gewaltherrschaft des amerikanischen Imperialismus entgegenzutreten. Daß dem amerikanischen Dollar sind bereits in verschiedenen Teilen Mexikos Aufstände gegen Calles ausgebrochen. Es ist sehr erbaulich, wie die von Amerika bezahlten Banditen, die Talschen voll Dollars, die Regierungsgebäude stürmen und dabei den Schlächter ausstoßen: Es lebe Christus, unser König! Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist aber Calles durchaus Herr der Lage. Immerhin muß seine Situation ernst werden, wenn wirklich